

Die Sozial- und Solidarwirtschaft in Frankreich – Verortung und Entwicklungsperspektiven

Philippe Frémeaux

Economie sociale, économie solidaire – worum handelt es sich?

Bei dem Begriff der *économie sociale et solidaire* handelt es sich um eine französische Besonderheit. Er hat sich im Verlauf der vergangenen vier Jahrzehnten herausgebildet, dank der Konvergenz zweier Strömungen. Der Begriff der *économie sociale* verhalf ab den 1970er Jahren jenen Institutionen, die historisch betrachtet gemeinwirtschaftlich tätig waren (Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine und Stiftungen), zu mehr Sichtbarkeit. Trotz aller Unterschiedlichkeit vertreten diese Organisationen gemeinsame Werte und Prinzipien: demokratische Entscheidungsstrukturen (eine Person gleich eine Stimme), keine oder begrenzte Gewinnerzielung, eine Mitgliedschaft, die allen offensteht und auch wieder gekündigt werden kann, sowie eine soziale Zielsetzung, die die Erwartungen der Mitglieder und deren gemeinsame Bedürfnisse befriedigt. Die Bewegung wurde von engagierten Personen, die in diesen Organisationen tätig sind, getragen und weiter verbreitet. Viele von ihnen standen der so genannten „zweiten Linken“ nahe, die weniger etatistisch geprägt war und vor allem die Rolle zivilgesellschaftlich getragener Initiativen sozialen Wandels hervorhob. Dies stand im Gegensatz zur „top-down“-Vision des Regierungsprogramms der vereinigten Linken, das stark von planwirtschaftlichen Vorstellungen geprägt war und einer weiteren Ausweitung der öffentlichen Hand Vorrang einräumte. Politisch schlugen sich die Vorstellungen der zweiten Linken im Jahre 1981 im Anschluss an die Wahl François Mitterrands zum französischen Präsidenten in der Schaffung einer interministeriellen Delegation für Sozialwirtschaft nieder, die dem Planungsministerium zugeordnet war und der Michel Rocard vorstand.

Die zweite Bewegung, die sich um den Begriff der *économie solidaire* sammelte, entstand in den Folgejahren als Antwort auf die Krise und die politischen Misserfolge der Linken nach 1981. Ganz konkret schlug sich dies in Beschäftigungsinitiativen für benachteiligte Gruppen nieder sowie Initiativen zur Unterstützung beim Aufbau einer

selbstständigen Erwerbstätigkeit für dieselben (Wiedereingliederung durch Arbeit, Mikrokredit, Arbeits- und Beschäftigungsgenossenschaften, die selbstständige Arbeiter begleiten). Darüber hinaus förderten sie wirtschaftliche Tauschbeziehungen, die hohe Sozial- und Umweltstandards beachten (bspw. *fair trade*), sowie die Entwicklung nachhaltiger Produktionsformen (erneuerbare Energien, biologische Landwirtschaft).

Diese Initiativen wurden vor allem von Fürsprechern aus dem sozialen Bereich getragen, die sich gegen die Überzeugung stellten, dass es sich bei den Opfern der Massenarbeitslosigkeit um Personen handele, die per se nicht „einstellbar“ seien. Unterstützt wurden sie aktiv von einigen hohen Beamten, die darin eine alternative Möglichkeit zur Verwirklichung von Aufgaben sahen, mit denen sich die öffentliche Hand schwertat (Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Stadterneuerung etc.). Aus diesem Grund trug auch die *Caisse des Dépôts*, eine staatliche Bank, die sich seit über zwei Jahrhunderten für die Förderung des Gemeinwohls einsetzt, zur weiteren Entwicklung der Solidarwirtschaft bei. Damit nimmt die Solidarwirtschaft eine doppelte Rolle ein: sie hat eine soziale Reparaturfunktion, gleichzeitig beansprucht sie aber auch für sich, soziale Veränderungen anzustoßen. Dabei gibt es zahlreiche Überschneidungen zwischen der Sozial- und der Solidarwirtschaft. Beispielsweise ist das Gros der sogenannten solidarischen Unternehmen rechtlich in der Form von Vereinen oder Genossenschaften verfasst.

Schließlich ist um das Jahr 2000 herum der Begriff des „sozialen Unternehmens“ aufgekommen. Dieser bezeichnet zumeist Organisationsstrukturen, die einen besonders großen sozialen Mehrwert für sich beanspruchen, unabhängig von ihrer rechtlichen Form. Die Gesetzesänderung vom 31. Juli 2014 (*Loi sur l'ESS*) berücksichtigt diese unterschiedlichen Organisationsformen in ihrer Definition der SSW, indem sie neben den Genossenschaften, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Vereinen und Stiftungen auch Kapitalgesellschaften zur Sozial- und Solidarwirtschaft (SSW) hinzuzählt, sofern diese gemeinnützige Ziele verfolgen, nur begrenzt Gewinne erwirtschaften und unterschiedliche *Stakeholder* in die Unternehmensführung miteinbeziehen. Die SSW umfasst also tatsächlich und rechtlich Organisationen, die sich über ihre Rechtsform und/oder ihre soziale Zielsetzung definieren.

Zwei unterschiedliche Traditionen

Die Sozial- und Solidarwirtschaft vereint zwei Traditionen mit merklich unterschiedlichen Logiken. Auf der einen Seite gibt es die Tradition der Gegenseitigkeit und der Selbsthilfe, die größtenteils im 19. Jahrhundert entstanden ist und die man in Genossenschaften, Versicherungsvereinen und einem Teil der Vereine findet. In dieser Tradition stehend, tun sich gesellschaftliche Gruppen zusammen, um gemeinsam eine Lösung für ein Problem zu finden, das ihre Mitglieder betrifft (so sind beispielsweise

die ersten Gesellschaften gegenseitiger Hilfe ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, ebenso Konsum- oder Produktionsgenossenschaften, die Bank *Crédit Agricole*, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine für sozialen Tourismus, Krippen für Kleinkinder etc.). Diese Strukturen sind oftmals aus sozialen Bewegungen hervorgegangen und erhielten manchmal Unterstützung von staatlichen Stellen, die darin einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stärkung der sozialen Kohäsion sahen.

Unter die SSW fallen auf der anderen Seite auch Initiativen, die eher in einer karitativen Logik operieren. Hier setzten sich Einzelpersonen oder Gruppen dafür ein, die Situation anderer Personen zu verbessern. In dieser Tradition stehen die großen Beschäftigungsinitiativen sowie Stiftungen. Das Spektrum reicht von Strukturen, die völlig unabhängig von öffentlichen Geldern sind (beispielsweise die großen Arbeitgeber unter den Vereinen, die soziale Dienste im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe anbieten), über Strukturen, die sich durch Spenden der Allgemeinheit finanzieren (bspw. der *Secours catholique*, dem französischen Arm der Caritas), bis hin zu Strukturen mit Mischformen aus Markteinkommen und Subventionen (bspw. Vereine aus dem Kultur- und Freizeitbereich sowie der Volksbildung). Viele Organisationen verknüpfen aber auch die Logik der Gegenseitigkeit und der Nächstenliebe. Dies trifft für die Volksbildung zu, aber auch für den Sozialtourismus, die APEI (die Vereinigung der Freunde von Eltern mit behinderten Kindern) und viele andere.

Ebenso gibt es innerhalb der Solidarwirtschaft eine Verknüpfung beider Traditionen. Auch wenn die soziale Zielsetzung dieser Organisationen oftmals eher einer karitativen Logik nahesteht (Organisationen zur beruflichen Wiedereingliederung, soziale Finanzwirtschaft...), so betonen seine Fürsprecher oftmals auch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, der Selbsthilfe und der Gegenseitigkeit.

Insgesamt betrachtet hat die Sozial- und Solidarwirtschaft große Vorteile. Sie zeugt davon, dass unsere Gesellschaft nicht nur aus einer Ansammlung von isolierten Individuen besteht, die nur nach der Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Interessen streben, unter der Aufsicht eines mehr oder weniger wohlwollenden Leviathans, der für das Gemeinwohl zuständig ist. Die SSW zeigt, dass die Bürger dazu in der Lage sind, die Lösung von Problemen, die sie betreffen, selbst in die Hand zu nehmen. Die Sozial- und Solidarwirtschaft trägt zu einer „Verbürgerlichung oder Zivilisierung“ und Demokratisierung der Wirtschaft bei, alleine schon durch eine Vervielfältigung der Organisationsformen von produzierenden Betrieben.

Wirtschaftsmodelle, Positionierung und Werte

Die Organisationen, die der Sozial- und Solidarwirtschaft zugerechnet werden, unterliegen ganz unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen. Einige von ihnen sind komplett in den Markt integriert und stehen in direkter Konkurrenz zu den Kapitalgesellschaften und das, obwohl sie gleichzeitig die Werte der Kooperation und der Solidarität verkörpern (bspw. die Versicherer, die in der rechtlichen Form der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit verfasst sind, oder als Produktionsgenossenschaft in Arbeitnehmerhand (die sogenannten SCOP-Genossenschaften)). Diese bringen gewissermaßen ein Element des Gemeinwohls in die Privatwirtschaft ein. Am anderen Ende des Spektrums stehen Organisationen, die eng mit dem Sozialstaat verbunden sind und finanziell unmittelbar von Geldern der öffentlichen Hand abhängen. Im Gegenzug dafür erbringen sie Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge, mit denen sie vom Staat betraut wurden (bspw. Vereine, die im Bereich sozialer Dienste tätig sind). Sie bringen gewissermaßen die Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich. Schließlich gibt es auch noch eine ganze Reihe von Organisationen, die Güter bereitstellen, deren sozialer Nutzen von der öffentlichen Hand anerkannt wird und die deshalb auch von hybriden Finanzierungsformen profitieren, beispielsweise, um einen Zugang aller zu bestimmten Dienstleistungen, die sie anbieten, zu gewährleisten.

SCOP – Genossenschaften in Arbeitnehmerhand

Bei der *Société coopérative participative* (SCOP, teilweise auch SCOT für *Société coopérative de travailleurs*) handelt es sich um eine Genossenschaftsform, bei der die Arbeitnehmer Mehrheitseigner am Unternehmen sind, also mindestens 51 % des Kapitals halten und mindestens 65 % der Stimmrechte ausüben. Sie wurde mit einem Spezialgesetz 1978 eingeführt. Nur 11 % der Gewinne werden an die Anteilseigner ausgeschüttet. 40–45 % werden als Reserve angelegt oder reinvestiert, der Rest wird in Form von Genossenschaftsanteilen an die Mitarbeiter rückvergütet. Die SCOP ist die einzige Genossenschaftsform, bei der die Teilhaber gleichzeitig auch die Arbeitnehmer sind. Siehe auch: <http://www.les-scop.coop/sites/fr/>

Die Heterogenität der Sozial- und Solidarwirtschaft betrifft jedoch nicht nur die Wirtschaftsmodelle ihrer Akteure und Organisationen. Sie spiegelt sich auch in den Werten wider, die diese verkörpern und den Interessen, denen sie dienen. Die Organisationen der SSW sind das Ergebnis gesellschaftlichen Engagements in seiner ganzen Vielfalt. Viele von ihnen haben das Ziel, Wirtschaft und Gesellschaft humaner zu machen, sie gewissermaßen zu „zivilisieren“. Gleichzeitig spiegeln sie aber auch die Vielfalt von

Partikularinteressen wider sowie die unterschiedlichen Auffassungen des Gemeinwohls, die in unserer Gesellschaft nebeneinander existieren und oftmals auch im Widerspruch zueinander stehen. Die verschiedenen Organisationen der SSW teilen also nicht eine gemeinsame Vorstellung davon, wie eine alternative Gesellschaft aussehen könnte.

Diejenigen, die zur Entstehung des Begriffs der *économie sociale und solidaire* in Frankreich beigetragen haben, wollen damit auf unterschiedliche Weise hervorheben, dass es sich dabei um eine soziale Bewegung handelt, die sich für eine gerechtere Gesellschaft und eine demokratischere Wirtschaft, die wirklich nachhaltig ist, einsetzt. Es fällt ihnen jedoch schwer, die Gesamtheit der SSW um diese Ziele zu vereinen und die Angestellten, Eigentümer, Mitglieder oder Assoziierte für diese Ziele zu mobilisieren.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Die SSW spricht also nicht wirklich mit einer Stimme, die über die Forderung nach einem weiteren Fortbestehen ihrer einzelnen Bestandteile hinausreichen würde. Gleichzeitig spielt die SSW eine bedeutsame volkswirtschaftliche Rolle. Sie beschäftigt 2,3 Millionen Menschen, mobilisiert mehrere Millionen Freiwilliger und vereint Mitglieder und Gesellschafter im zweistelligen Millionenbereich.

Gleichzeitig ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der SSW auf einige Wirtschaftsbereiche beschränkt. 80 % aller Arbeitsplätze innerhalb der SSW sind auf Sektoren verteilt, die ihrerseits 20 % aller Beschäftigten der französischen Wirtschaft ausmachen. Ganz besonderes Gewicht hat die SSW im sozialen und gesundheitlichen Bereich, der Aus- und Weiterbildung, dem Kultur- und dem Freizeitbereich sowie im Finanzbereich. Umgekehrt spielt sie so gut wie keine Rolle im industriellen Bereich, dem Baugewerbe und zahlreichen gewerblich angebotenen Dienstleistungen. Aufgrund der Wirtschaftssektoren, in denen die SSW vor allem tätig ist, behauptet sie auch von sich, dass es sich um Arbeitsplätze handele, die nicht einfach delokalisierbar seien. Nur die SCOP-Genossenschaften sind in einer Vielzahl unterschiedlicher Bereiche tätig. Ihr Gewicht ist jedoch vernachlässigbar, da es sich insgesamt nur um 2.750 Unternehmen handelt mit rund 50.000 Angestellten.

In Anbetracht der wenigen Sektoren, in der die SSW tätig ist, kann man also nicht sagen, dass es sich um eine „Alternativwirtschaft“ im Sinne eines Organisationsgefüges handelt, das alle Güter und Dienstleistungen bereitstellt, die herkömmlicherweise von Kapitalgesellschaften und öffentlichen Strukturen angeboten werden. Nichtsdestotrotz ist es der SSW im Verlauf der Zeit gelungen, in zahlreichen Teilbereichen effiziente Ökosysteme auszubilden, beispielsweise im Bereich der Landwirtschaft oder dem Sozialtourismus.

Eckdaten der ESS in Frankreich

	Vereine	Genossen- schaften	Mutuelles	Stiftungen	Insgesamt	Anteil an der ganzen Wirtschaft
Anzahl der Organisationen mit abhängig Beschäftigten	154.000	8.510	813	474	164.000	7 %
Beschäftigte	1.850.000	309.000	134.000	78.000	2.370.000	10,5 %
Bruttovergütung (in Mrd. Euro)	42,8	11,5	4,7	2,2	61,2	8,5 %
Bruttowertschöpfung	100 Mrd. Euro					6 %

Quelle: dfi aktuell vom Oktober 2016.

Vielmehr kann also aufgrund der besonderen Sektorausprägung von einer anders gearteten „Alternativwirtschaft“ gesprochen werden: Die SSW hat sich vor allem dort stark entwickelt, wo private und staatliche Initiativen soziale Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigen konnten. Daher kommt auch der Ausdruck des Dritten Sektors, der manchmal zur Beschreibung der SSW verwendet wird, der den Sektor aber inhaltlich nicht näher beschreibt.

Der Teil der SSW, der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitet, versteht sich hingegen schon als eine Alternativwirtschaft. Insgesamt gesehen produziert die SSW Güter und Dienstleistungen, die nicht dadurch an Wert verlieren, dass jeder sie nützt. Im Gegenteil: Ihr Wert steigt, je mehr sie von allen genutzt werden. Bei den Gütern und Dienstleistungen der SSW geht es nicht um den nach außen hin sichtbaren Konsum, deren einziger Wert im Zuschaustellen von Statussymbolen liegt, in einer Welt, in der Ungleichheiten immer weiter zunehmen. Die solidarischen Grundzüge, die die Organisationen der SSW kennzeichnen, stoßen allerdings an ihre Grenzen, wenn die Gesellschaft auseinanderdriftet. Dabei ist es nicht so, dass die SSW zu dieser Entwicklung beiträgt; vielmehr sieht sie sich in der Regel mit einem Auseinandertriften konfrontiert.

Staatliche Anerkennung

Der Begriff der Sozial- und Solidarwirtschaft hat trotz seiner Schwächen Eingang in die Politik gefunden. Zahlreiche Städte, Gemeindeverbände, Departements und Regionen haben einen gewählten Volksvertreter, der für die Entwicklung der SSW zuständig ist, und unterstützen aktiv Strukturen, die zu einer weiteren Entwicklung beitragen

sollen. Auch den Zentralstaat hat das Thema nicht kaltgelassen, wie ein für die SSW zuständiges Staatssekretariat, das dem Wirtschaftsministerium zugeordnet ist, zeigt. Dieses setzt sich seit 30 Jahren mit diversen Initiativen für die SSW ein und definiert seit der Verabschiedung des Gesetzes vom 31. Juli 2014 den Bereich der SSW und seine Statuten. Ein Beirat für Sozial- und Solidarwirtschaft, dem Parlamentarier, hohe Beamte und Vertreter der unterschiedlichen Gruppen der SSW angehören, berät die Regierung zu Themen, die die SSW betreffen. Dieser Erfolg ist sowohl auf die Verdienste des Sektors zurückzuführen als auch das Versprechen, das die SSW verkörpert. Gleichzeitig sind die Verdienste des Sektors aber auch nicht gänzlich neu, gerade was die Vereine aus dem Bereich der sozialen Arbeit betrifft, die eng mit den lokalen politischen Akteuren verknüpft sind.

In einer Zeit, in der die Globalisierung als eine Bedrohung erscheint und Massenarbeitslosigkeit zum Dauerproblem geworden ist, hat die Politik, aktiv unterstützt von Akteuren aus dem Bereich der SSW, das Anliegen der SSW für sich in Anspruch genommen. Die SSW steht heute für das Versprechen einer Wirtschaftsform, die nachhaltige Bedürfnisse befriedigt; den Menschen Vorrang einräumt und der Beschäftigung anstelle des Profits; die Produkte und Dienstleistungen bereitstellt, die vor allem zum Wohlergehen beitragen und nicht zur Schau gestellten Konsums; die lokal ausgerichtet ist und zum freiwilligen Engagement anregt.

Die SSW scheint dem Streben der jungen Generation nach einer sinnvollen Beschäftigung zu entsprechen, bei der der individuelle Erfolg in den Dienst eines kollektiven Projektes gestellt wird. Sie entspricht auch den Erwartungen der Konsumenten, die verstärkt Wert auf umweltfreundliches und sozial verantwortliches Handeln legen, auch bei der Geldanlage (Entwicklung sozial und ökologisch nachhaltiger Spar- und Anlageformen). Gleichzeitig rücken staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der SSW, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, immer noch die Reparaturdimension in den Mittelpunkt (berufliche Wiedereingliederung, Beihilfen zur Unternehmensgründung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen) und/oder Projekte mit begrenztem Einfluss (Unterstützung für SCOPs etc.).

Das Gesetz vom 31. Juli 2014 steht in erster Linie für die offizielle Anerkennung der SSW durch den Staat. Es definiert die Prinzipien und den Gegenstandsbereich der SSW. Darüber hinaus legt das Gesetz den Grundstein für die Governance-Strukturen des Sektors und erkennt diese an. Dazu zählen der Beirat für die SSW, die Französische Kammer der SSW, die auf regionaler und auf nationaler Ebene organisiert ist (CRESS und CNCRESS), der Hohe Rat der Zusammenarbeit, der Hohe Rat für das Vereinsleben. Das Gesetz gibt durch eine bessere statistische Anerkennung des Sektors und regelmäßige Aufstellungen zu den Aktivitäten insbesondere der Genossenschaften einen Anreiz, sich konform zu den Prinzipien und Werten der SSW zu verhalten.

Entwicklungsperspektiven

Trotzdem gibt es beachtliche inhärente Grenzen für die weitere Entwicklung der SSW, die unmittelbar mit der Funktionslogik der SSW zu tun haben. Das fängt schon bei der Motivation der Unternehmensgründer an: Den Individuen und Gruppen ist es viel wichtiger, soziale Bedürfnisse zu befriedigen und nicht Produkte und Dienstleistungen für den Markt zu produzieren, um damit Gewinne zu erzielen. Hier zeigt sich eine gewisse freiwillige unternehmerische Zurückhaltung, die der Logik der Kapitalakkumulation entgegensteht.

Diese begrenzte Fähigkeit des Sektors, sich weiter zu entwickeln, ist auch der Tatsache geschuldet, dass seine rechtliche Verfasstheit eine weitere Diversifikation erschwert, da die gemeinwohlorientierte Zielsetzung sowie der Kreis der Nutznießer oftmals sehr eng definiert sind. Auch die Funktionslogik von Personengesellschaften erschwert externes Wachstum sowie eine Internationalisierung ihrer Aktivitäten. Die Governance-Strukturen der SSW sollen sich vor allem günstig auf die Beschäftigung auswirken und beschränken die Fähigkeit der Organisationen, sich an die strategischen Veränderungen ihres Metiers anzupassen. Darüber hinaus fehlt es auch an einer ausreichenden Zahl an Projektträgern, die sich in der SSW engagieren. Dabei hängt der Erfolg vor allem von einer guten Verbindung vom Streben nach individueller Autonomie und einem starken, kollektiven Projekt ab. Und letzten Endes begrenzt auch die Abwesenheit von Gewinnen das Wachstum der SSW: Die Tatsache, dass die Gesellschaftsanteile nicht mit Gewinn wiederverkauft werden können, macht eine Investition für externe Kapitalgeber unattraktiv.

Angesichts der herausragenden Rolle, die subventionierte oder nichtgewinnorientierte Aktivitäten spielen, hängt die weitere Entwicklung der Sozial- und Solidarwirtschaft kurz- und mittelfristig davon ab, wie sehr Einnahmen innerhalb der Gesellschaft umverteilt werden und wie sich die öffentliche Hand zwischen der eigenen Bereitstellung bestimmter Güter und Dienstleistungen und der Bereitstellung durch Dritte entscheidet – und das sowohl auf zentralstaatlicher wie auch subnationaler Ebene. Die weitere Entwicklung hängt also sowohl von politischen Entscheidungen ab als auch von der Eigeninitiative der Akteure der SSW. Der Druck, staatliche Abgaben zu senken und das Ziel, staatliche Ein- und Ausgaben auf allen Ebenen besser in Einklang zueinander zu bringen, kann sich sowohl positiv (mehr Bereitstellung öffentlicher Dienste durch Dritte) wie auch negativ (weniger Subventionen) auf die Beschäftigungszahlen in der SSW auswirken.

Ohne künftige Entwicklungen vorweg nehmen zu wollen, kann man zumindest hoffen, dass die SSW auch weiterhin wichtige Ökosysteme entwickelt, die soziale Bedürfnisse befriedigen. Das kann auf ganz unterschiedlichen Ebenen stattfinden. Im Gesundheitsbereich kann die *mutualité* zu einer ganzheitlichen Bereitstellung der Gesund-

heitsversorgung beitragen, indem sie qualitativ hochwertige Krankenhäuser und eine gute medizinische Versorgung vor Ort überall im Land miteinander verbindet.

Die lokalen Lebensräume spielen heute eine immer wichtigere Rolle bei der Organisation und der Unterstützung für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen in zahlreichen Bereichen, die wichtig für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität sind: Bildung, Kultur, Gesundheit, Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder, Hilfe und Pflege für hilfsbedürftige Personengruppen, Energie, Ernährung, Mobilität, Kultur, Freizeit, aber auch Kreislaufwirtschaft, Produkt-Dienstleistungssysteme etc. Die SSW hat in all diesen Bereichen ihre Berechtigung: Vereine, die sich in der Betreuung von Schulkindern außerhalb der Schule engagieren, darstellende Künste, durch die Mitglieder getragene Gesundheitszentren, Kinderkrippen in elterlicher Trägerschaft, Vereine, die im Bereich der mobilen Pflege und Haushaltshilfe tätig sind, Lebensmittelversorgung durch lokale Hersteller, Fahrgemeinschaften, berufliche Wiedereingliederungsgesellschaften im Bereich des Recyclings, solidarische Werkstätten, gemeinwohlorientierte Energieproduktionsgenossenschaften (sogenannte SCIC-Genossenschaften). Die SSW verbleibt heute oftmals auf Nischen beschränkt, aber sie spielt eine echte Rolle bei der Befriedigung dringender Bedürfnisse.

SCIC – gemeinwohlorientierte Genossenschaften

2001 wurde die *Société coopérative d'intérêt collectif* (SCIC) geschaffen, eine Genossenschaftsform, die es so in Deutschland nicht gibt. Bei der SCIC steht, wie der Name sagt, ein Projekt, das das Gemeinwohl fördert, im Vordergrund. Sie stellt also eine Zwischenform zwischen der herkömmlichen Sozialwirtschaft und der neueren Solidarwirtschaft dar. Das Kapital kann dabei von ganz unterschiedlichen Seiten einfließen, beispielsweise von Gebietskörperschaften (seit dem SSW-Gesetz bis zu 50%), Unternehmen, Vereinen usw., es muss allerdings mindestens von drei unterschiedlichen Anteilseignern kommen, darunter den Angestellten sowie den Nutznießern. Keine Partei darf dabei eine Mehrheit an der Genossenschaft halten. Mindestens 57,5% der Gewinne müssen als Reserve angelegt werden. Seit 2001 wurden fast 600 solcher Genossenschaften gegründet. Siehe auch: <http://www.les-scic.coop>

Trotz allem ist nichts davon in Stein gemeißelt. In einem Umfeld, in dem der Staat sich zurückzieht und herkömmliche Unternehmer auf der Suche nach neuen Geschäftsmöglichkeiten sind, werden Initiativen der SSW auch von Kapitalgesellschaften übernommen, entweder indem sie in direkte Konkurrenz zur SSW treten oder indem sie ihnen den Markt abgreifen. Das ist beispielsweise der Fall mit den Babyloup-Krippen, den Krankenhäusern *Générale de santé*, den Seniorenheimen *Ehpad Korian*, dem

Fahrradverleih *Vélib Jean-Claude Decaux*, dem Carsharing-Angebot *Autolib Bolloré*, der Mitfahrzentrale *Blablacar*, und der Internetplattform *Le bon coin*, auf der Privatpersonen Waren und Dienstleistungen tauschen können.

Das Entwicklungspotenzial der SSW in all diesen Bereichen hängt also auch davon ab, ob es ihr gelingt, genauso effektiv wie der private Sektor zu sein und sich dabei trotzdem durch ihren sozialen Mehrwert und beispielhafte Governance-Strukturen abzuheben. Grund genug, Formen der staatlichen Unterstützung zu verstetigen. Manche Akteure der SSW setzen sich allerdings dafür ein, hier und da, insbesondere auf lokaler Ebene, neue Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteuren zu knüpfen. Diese sollen die Rolle des Marktes zugunsten von Tausch- und Kooperationsbeziehungen ersetzen, die den sozialen Aspekt in den Vordergrund rücken und sich von der abstrakten Ebene des geldbasierten Tausches distanzieren. Der Anwendungsbereich dieser Lösungen soll nach und nach weiter ausgedehnt werden. Möchte man also ein demokratischeres und wirklich nachhaltiges Wirtschaftssystem schaffen, muss man die SSW weiterentwickeln, sie ihrem Ideal wieder näher bringen und den herkömmlichen institutionellen Rahmen, in dem Märkte und die öffentliche Hand operieren, verändern, damit die ganze Wirtschaft humaner wird.

Übersetzung: Eileen Keller

Frankreich Jahrbuch 2016

Sozial- und Solidarwirtschaft in Frankreich und Europa

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.)

2017, IX, 246 S. 14 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17621-1